

Studie gehören vor allem die Vielfalt der analysierten Fragen, die klare Struktur, die Präzision der Darstellung, zahlreiche Bezüge auf die alltägliche Praxis und die analytische Bearbeitung des Problems.

Iwetta Andruszkiewicz, UAM Poznań

Schoettli, Urs: Mehr Indien, weniger China – Deutschland braucht eine neue Asienpolitik. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2011, 107 S.

Bislang bevorzugt der Westen eindeutig China und weniger Indien, gerade in sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen. Urs Schoettli zeigt die politisch-gesellschaftlichen, wirtschaftlichen sowie sicherheitspolitischen Gründe dieser einseitigen Präferenz auf und vergleicht die Entwicklung beider Länder. In Indien hat sich seit der Unabhängigkeitserklärung 1947 eine demokratisch-rechtsstaatliche Verfassung etabliert. Im Gegensatz dazu wird die Unberechenbarkeit der chinesischen Einparteienherrschaft hervorgehoben. Die indische Union ist aufgrund ihrer demokratischen Verfassung in der Lage, unterschiedliche ethnische, kulturelle und religiöse Zusammensetzungen aufzufangen. Darüber hinaus hat sich in Indien im wirtschaftlichen Kontext eine Tradition des Unternehmertums und des Privateigentums etabliert, die es so in China nie gab. Aufgrund dieser und anderer Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern muss Deutschland seine bisherige Asienpolitik überdenken und die Union deutlich stärker einbeziehen.

Abschließend behandelt der Autor die zukünftige sicherheitspolitische

Bedeutung Indiens, insbesondere im Hinblick auf den Indischen Ozean. Geraide Deutschland ist durch seine internationale wirtschaftliche Verflechtung abhängig von sicheren Handelsrouten und muss allein aufgrund dieser Tatsache Indien außenpolitisch stärker einbinden. Neben der geopolitisch wichtigen Position in Südasien stellt Schoettli die vielen Gemeinsamkeiten in institutioneller Hinsicht heraus. Demzufolge wäre eine Zusammenarbeit mit der Indischen Union, etwa im parlamentarischen Kontext, deutlich fruchtbare, als dies mit dem Nationalen Volkskongress in China möglich ist.

Deutschland braucht eine neue Asienpolitik. Dennoch bleibt die Position Deutschlands bei potenziellen Konflikten, bspw. zwischen China und Indien im Indischen Ozean, unklar. Eine einseitige Bevorzugung Indiens zuungunsten Chinas könnte Deutschlands Einfluss in der Region Südasien, gerade sicherheits- und wirtschaftspolitisch, schwächen.

Markus Markmann, Philipps-Universität Marburg

Nötzold, Antje: Die Energiepolitik der EU und der VR China. Handlungsempfehlungen zur europäischen Versorgungssicherheit. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011, 396 S.

Trotz spannenden Titels enttäuscht dieses auf einer Doktorarbeit aus dem Jahr 2010 basierende Buch. Inhaltliche Schwerpunkte sind die energetische Situation, die politisch-wirtschaftlichen Ziele und die Hauptinstrumente der Europäischen Union sowie Chinas zur Sicherstellung der Energieversorgung.

Nötzolds Argumentation basiert auf drei zentralen Annahmen: Erstens beruhe die Energieversorgung auch in Zukunft primär auf knapper werdenden fossilen Energierohstoffen, die beide Akteure größtenteils importieren müssen. Energiesicherheit bedeute damit zweitens vor allem Importsicherheit, die die EU und China durch einen Ausbau der eigenen Handelsbeziehungen zu erreichen suchen. Drittens stellt aus ihrer Sicht der privatisierte EU-Binnenmarkt für Energie, der auch wichtige Lieferländer einbeziehen sollte, eine durchweg positive Entwicklung dar. Schließlich leitet sie aus diesem Markterfolg eine Bedrohung der europäischen Versorgungssicherheit durch China ab. Dessen Energiepolitik wirke „störend auf die Funktionsweise der marktwirtschaftlichen Ordnung“ (S. 313). Entsprechend besteht ihre zentrale Handlungsempfehlung darin, China an Institutionen des internationalen Energiemarktes „heranzuführen“ und diesen weltweit sowie in der EU zu stärken. Konkretere Schritte werden nicht dargestellt.

Trotz der enormen Fülle ausgewerteter Literatur verwendet die von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördernte Autorin ausschließlich deutsch- und englischsprachige Quellen, bevorzugt aus dem Umfeld der EU. Dokumente von regierungsoffiziellen Stellen Chinas finden kaum Erwähnung; Gleichermaßen gilt für die differenzierten innerchinesischen Auseinandersetzungen um künftige Steuerungsinstrumente. Kritische Positionen zum EU-Markt aus eher staatsorientierten Gesellschaften

kommen ebenfalls nicht vor. Entsprechend widerspruchsfrei sind die dargestellten „Alternativen“. Als erster Einstieg in die Energiepolitik Chinas sowie der EU ist das Buch aber durchaus empfehlenswert.

Kai Kleinwächter, *WeltTrends*

Sender, Wolfgang: Russland und die Wahlbeobachtungen der OSZE. Eine empirische Studie zu den Ursachen des Widerstandes der Putin-Administration gegen das ODIHR. Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main 2012, 445 S.

Die von Sender, Politikwissenschaftler mit ausgewiesener Expertise zur westlichen GUS, vorgelegte Dissertation ist die erste Analyse, die sich umfassend den komplexen Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) widmet. Die menschliche Dimension, der die Aufgaben von ODIHR zugeordnet sind, steht in einem engen Wechsel mit der politisch-militärischen Dimension der OSZE. Darüber hinaus bezieht Sender umfassend Russlands ambivalente Haltung zur NATO und der EU ein. Gerade die Osterweiterung des transatlantischen Bündnisses hatte massive Auswirkungen auf Russlands Politik gegenüber der OSZE. Dabei führt der Autor dezipiert aus, dass ihr sicherheitspolitischer Bedeutungsverlust in den vergangenen 20 Jahren in Bezug zu NATO und EU eine wichtige Determinante ist, wie die russische Regierung die OSZE und damit auch Wahlbeobachtungen bewertet.